

## Niederschrift

über die Sitzung am Donnerstag, 24.08.2023,  
im Akademie Klausenhof  
Schloßstr. 1  
46414 Rhede

Beginn: 17:00 Uhr  
Ende: 19:30 Uhr

### Anwesend:

#### Vorsitz:

Christel Wegmann Rhede

#### Mitglieder:

Barbara Büscher	Stadtlohn	
Dr. Fabian Eichholz	Borken	
Lara Hisker	Ahaus	Vertretung für Herrn Ernst Brüninghaus
Gundula Homann	Reken	
Iris Jediß	Südlohn	
Berthold Langehaneberg	Legden	
Johanna Langela	Borken	Vertretung für Herrn Daniel Schemmer
Thomas Nünning	Vreden	Vertretung für Frau Heike Wis- sing
Maria Strestik	Gronau	Vertretung für Frau Maja Becker
Alfred Wellers	Vreden	
Georg Wrede	Borken	

#### beratende Mitglieder:

Simone Erdweg	Ahaus
Christian Fuchs	
Dr. Ansgar Hörster	Borken
Silke Schluß	Borken
Christa Luise Stenvers	Stadtlohn
Ayhan Tanic	Vreden
Brigitte Watermeier	Borken

#### Es fehlen entschuldigt:

Thomas Hetgens	Borken
Sigrid Kliem	Reken
Matthias Schlettert	Borken
Barbara Seidensticker-Beining	Südlohn
Eva Vehring	Ahaus
Sarah Vortkamp	Heek

Michael Wanning

Borken

**Vertreter/innen der Verwaltung:**

Markus Grotendorst  
Klaus Löchteken  
Elisabeth Möllenbeck  
Sandra Thielkes

**Erledigung der Tagesordnung:**

Die Vorsitzende Frau Wegmann eröffnet die Sitzung um 17:00 Uhr und begrüßt die Erschienenen, im Besonderen Herrn Paus-Burkhard, Geschäftsführer und Direktor der Akademie Klausenhof gGmbH, Frau Twents, Leiterin des Geschäftsbereichs Teilhabe und Bildung für Kinder des Caritasverbandes für das Dekanat Bocholt e.V. sowie die anwesenden Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Anlauf- und Kontaktstelle Rhede.

Frau Wegman nimmt die deklaratorische Verpflichtung von Frau Homann sowie Frau Hisker auf die Formel für Ausschussmitglieder, die nicht dem Kreistag angehören, vor.

Sie stellt fest, dass ordnungsgemäß geladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig ist. Einwendungen gegen die Niederschrift der letzten Sitzung werden nicht erhoben.

**A. Öffentlicher Teil****Punkt 1: Anlauf- und Kontaktstelle Rhede  
Vorlage: 0197/2023/KREIS**

---

Kreisdirektor Dr. Hörster begrüßt die Erschienenen.

Herr Paus-Burkhard berichtet zur Historie und Ausrichtung der Akademie Klausenhof. Er betont, dass es gelungen sei mit der Anlauf- und Kontaktstelle eine soziale Nutzung entsprechend des Stiftungsauftrages in der neuen Nebenstelle der Akademie Klausenhof in Rhede zu verwirklichen.

Frau Twents stellt einleitend die Konzeption der Anlauf- und Kontaktstelle dar. Hieran anknüpfend führt sie aus, dass für einen erfolgreichen Standortwechsel verschiedene Ziele handlungsleitend gewesen seien. Neben der personellen Konstanz und der Beständigkeit der Angebotsformen seien partizipative Elemente insbesondere bei der Gestaltung der Räumlichkeiten am neuen Standort eingeflossen. Auch der zentrumsnahe Standort, die barrierefreie Einrichtung sowie der Tag der offenen Tür zum Auftakt nach der Corona-Pandemie seien in der Gesamtschau für die zahlenmäßig sehr gute Annahme der Anlauf- und Kontaktstelle am neuen Standort ursächlich. Positiv wirke sich zudem die Mehrfachnutzung des ehemaligen Klosters aus. Diese wirke einer möglichen Stigmatisierung der Örtlichkeit entgegen. Frau Twents resümiert, dass allein seit 2022 rund 100 neue Familien die Angebote der Anlauf- und Kontaktstelle wahrnahmen. Dabei habe sich der Anteil junger Familien (< 35 Jahre) von zuvor rund 20 Prozent auf nunmehr rund 70 Prozent erhöht.

Frau Ebbers sowie Frau Schulze-Spüntrup führen die Anwesenden durch die Räumlichkeiten der Anlauf- und Kontaktstelle.

Herr Langehaneberg teilt für die CDU-Fraktion mit, das die Beschlussvorlage begrüßt werde.

Beschluss: einstimmig

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis und beschließt den Höchstbetrag für die anererkennungsfähigen Kosten ab dem 01.01.2023 auf 179.000 Euro anzuheben.

**Punkt 2:            Geschäftsstatistik 2022**  
**Vorlage: 0194/2023/KREIS**

---

Frau Wegmann dankt der Verwaltung für die Aufbereitung der Zahlen zur Geschäftsstatistik 2022.

Die im Vorwort dargelegten Entwicklungen aufgreifend, verweist Frau Watermeier auf die besonderen Herausforderungen, die sich in Folge des Ukraine-Krieges in 2022 ergeben haben. Überdies betont Frau Watermeier, dass bereits das dritte Jahr in Folge die Zahl der Hinweise von Dritten auf eine Kindeswohlgefährdung rund doppelt so hoch sei wie in den Jahren zuvor. Diese Sensibilität in der Bevölkerung sei zu begrüßen. Gleichwohl sei damit sowohl zeitlich als auch fachlich ein hoher Ressourceneinsatz im Allgemeinen Sozial Dienst verbunden. Überdies hebt Frau Watermeier hervor, dass losgelöst vom Zuzug aus der Ukraine, die Zahl der zugewiesenen unbegleiteten minderjährigen Ausländer im Vorjahr sprunghaft angestiegen sei. In 2023 sei eine kontinuierliche Fortsetzung dieses Trends feststellbar. Trotz der deutlichen Kapazitätsausweitung - insbesondere am Standort der Akademie Klausenhof in Dingden -, sei zukünftig bei einer sich vergleichbar fortsetzenden Entwicklung mit Engpässen bei der Unterbringung zu rechnen, so Watermeier.

Kreisdirektor Dr. Hörster unterbreitet das Angebot, die Geschäftsstatistik bzw. die Tätigkeiten des Kreisjugendamtes bei Bedarf in den Räten bzw. Ausschüssen der kreisjugendamtsangehörigen Kommunen vorzustellen.

In Bezug auf die Entwicklung der Jugendamtsumlage führt Kreisdirektor Dr. Hörster aus, dass sich in den Daten ein bundesweit feststellbarer Trend widerspiegeln. So hätten sich die Ausgaben der Jugendhilfe bundesweit innerhalb der vergangenen zehn Jahre in etwa verdoppelt. Dies sei vor allem auf die allgemeine Lohnsteigerung zurückzuführen, die den weit überwiegenden Teil aller Aufwendungen im Budget der Jugendhilfe ausmachen. Auf Nachfrage von Frau Homann ergänzt er, dass den Familien die fachlich gebotene Hilfe zukomme und hier kein Einsparpotential gesehen werde.

Herr Langehaneberg erkundigt sich nach den Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Entwicklung der finanziellen Hilfen bzw. Mitteilungen durch Dritte auf eine Kindeswohlgefährdung.

Frau Watermeier teilt mit, dass die Corona-Pandemie und die damit verbundenen Maßnahmen mitursächlich für die erhöhte Sensibilität in der Bevölkerung seien. Es könne jedoch konstatiert werden, dass die Zahl der tatsächlichen Gefährdungslagen zum Kindeswohl deutlich weniger stark angestiegen sei als die Zahl der Mitteilungen durch Dritte. Aus den wissenschaftlichen Erkenntnissen zum Schulsystem sowie zu den psychiatrischen Einrichtungen ginge hervor, dass durch die Corona-Pandemie der Schulabsentismus sowie die Zahl der Depressionen und Essstörungen unter Jugendlichen zugenommen habe. Frau Watermeier verweist in diesem Zusammenhang auf die Bedeutung der gesonderten Fördermaßnahmen, die flächendeckend im Kreisjugendamtsgebiet in der Kinder- und Jugendförderung umgesetzt worden seien. Hierzu werde Frau Thielkes zum vierten Tagesordnungspunkt referieren.

Herr Nünning fragt zur Bekämpfung von Kinderarmut an, ob dieser eher durch weitergehende finanzielle Hilfen an Familien oder durch die Stärkung des Bildungssystems begegnet werden sollte.

Kreisdirektor Dr. Hörster weist darauf hin, dass er zu diesem aktuellen bundespolitischen Diskurs lediglich distanziert Antwort geben könne. Grundsätzlich müsse mit beiden Ansätzen verfolgt werden, dass konkret Bildung und Teilhabe von Kindern ermöglicht und gefördert werde.

Frau Möllenbeck erläutert, dass das Thema Kinderarmut vor einigen Jahren in der Arbeitsgemeinschaft Tagesbetreuung sowie zuletzt in der Arbeitsgemeinschaft Jugendarbeit bearbeitet worden sei. Festzustellen sei, dass Kinder- bzw. Jugendarmut nicht ausschließlich anhand der Quoten der jungen Menschen im SGB II Bezug zu definieren sei. Die pädagogischen Fachkräfte berichteten von einer nicht unerheblichen Anzahl von jungen Menschen, deren Eltern keine SGB II-Leistungen beziehen, sich finanziell aber in einer sehr prekären Situation befänden. Mögliche Ursachen dieser Situation seien beispielsweise: Kredite zur Baufinanzierung, Kurzarbeit, inflationsbedingte Mehrbelastungen. In den AGs, so Frau Möllenbeck, habe man sich damit befasst, wie man im pädagogischen Alltag und in der Angebotsgestaltung die Lebenssituation der von Armut betroffenen jungen Menschen berücksichtigen und ihnen Teilhabe ermöglichen könne.

Herr Dr. Eichholz verweist darauf, dass mit dem Beschluss zu TOP 2 ein Beitrag zur Bekämpfung der verdeckten Kinderarmut geleistet werde. Herr Wellers ergänzt, dass die Mittel bei der Anlauf- und Kontaktstelle gut investiert seien.

Kreisdirektor Dr. Hörster macht darauf aufmerksam, dass die Schuldnerquote innerhalb des Kreises Borken unauffällig sei, jedoch aus Schuldnerberatungsstellen vernehmbar sei, dass die Beratungsangebote zuletzt verstärkt genutzt würden.

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Geschäftsstatistik 2022 zur Kenntnis.

---

**Punkt 3: 1. Controllingbericht 2023 - Budget Jugend und Familie -  
Vorlage: 0195/2023/KREIS**

---

Herr Grotendorst berichtet anhand der Sitzungsvorlage zur finanziellen Entwicklung gegenüber der Haushaltsplanung. Auf diese wird verwiesen.

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den 1. Controllingbericht 2023 zum Stichtag 30.06.2023 zur Kenntnis.

---

**Punkt 4: Bericht zur Kinder- und Jugendförderung im Fachbereich Jugend und Familie  
Vorlage: 0201/2023/KREIS**

---

Frau Thielkes stellt die Arbeit der Kinder- und Jugendförderung anhand eines Folienvortrages vor (**Anlage 1**). Auf diesen wird verwiesen.

Der Bericht der Kinder- und Jugendförderung wird zur Kenntnis genommen.

---

**Punkt 5: Prüfungsbericht der GPA NRW zur überörtlichen Prüfung des Kreises Borken 2022 – Prüfgebiet Hilfe zur Erziehung  
Vorlage: 0196/2023/KREIS**

---

Frau Watermeier führt in die Sitzungsvorlage ein und berichtet insbesondere zu den sehr positiven Prüfungsergebnissen - insbesondere zum Hilfeplanverfahren, dem Finanz- und Fachcontrolling sowie der elektronischen Aktenführung. In Bezug auf die Empfehlung zur Laufzeitlänge der ambulanten Hilfen teilt Frau Watermeier mit, dass hierzu bereits fachliche inhaltliche Aufbereitungen erfolgt seien. Über den interkommunalen Vergleichsring sowie dem internen Controlling waren die Zahlen zuvor bekannt. Kritische Anmerkungen in Bezug auf Anforderungen an eine Nachfolgesoftware seien in der Vorlage zu TOP 6 aufgenommen. Auf diese sowie die tabellarische Übersicht zu den Empfehlungen und Stellungnahmen der Vorlage wird verwiesen.

Beschluss: einstimmig

Der Prüfungsbericht der GPA NRW zur überörtlichen Prüfung des Kreises Borken 2022 - **Prüfgebiet Hilfe zur Erziehung** - sowie die dazu vorgenommenen Feststellungen und Empfehlungen werden zur Kenntnis genommen. Den Stellungnahmen der Kreisverwaltung zu den Feststellungen und Empfehlungen wird zugestimmt.

---

**Punkt 6: Vergabeverfahren Jugendamtssoftware**  
**Vorlage: 0202/2023/KREIS**

---

Herr Grotendorst berichtet zur Erforderlichkeit eine neue Jugendamtssoftware zu beschaffen. Er betont, dass mit der bestehenden IT-Architektur zuverlässig, integrativ und volldigital die fachlichen Anforderungen derzeit umgesetzt würden. Gleichwohl würden nicht alle heutigen Standards einer modernen Software erfüllt. Die fehlende Fortschreibungsfähigkeit der nunmehr rund 25 Jahre alten zentralen Fachsoftware habe den Hersteller der Software zu der Entscheidung bewogen, ein Nachfolgeprodukt im Markt zu platzieren. Die Pflege und Wartung sowie die rechtlichen Anpassungen über das Jahr 2024 hinaus würden in der Bestandssoftware nicht mehr umgesetzt, sodass eine Ablösung unumgänglich werde, so Grotendorst. Im Übrigen wird auf die Sitzungsvorlage verwiesen.

Herr Wellers begrüßt das Vorgehen in Bezug auf das Vergabeverfahren und der vergaberechtlichen Gewichtung des Fähigkeitsprofils der geplanten Softwareausschreibung.

Der Jugendhilfeausschuss beauftragt die Verwaltung mit der Ausschreibung und Einführung einer neuen Jugendamtssoftware.

---

**Punkt 7: Aktueller Stand der Integrationsarbeit und zur Entwicklung der Flüchtlingszahlen unter Berücksichtigung der ukrainischen Flüchtlinge**  
**Vorlage: 0209/2023/KREIS**

---

Kreisdirektor Dr. Hörster erläutert, dass die Sitzungsvorlage in der bekannten Struktur den aktuellen Stand der Integrationsarbeit und der Entwicklung der Flüchtlingszahlen darstelle. Während die Zahl der aus der Ukraine stammenden Personen stagniere, seien zuletzt vermehrt Zuzüge aus Afghanistan, Syrien, Afrika sowie durch Spätaussiedler festzustellen. Zu letzteren lägen noch keine belastbaren Zahlen vor, da diese bei der Statistik des Flüchtlingsaufnahmegesetzes unberücksichtigt blieben. Kreisdirektor Dr. Hörster hebt hervor, dass bis dato 643 Geflüchtete aus der Ukraine im Arbeitsmarkt integriert seien - hiervon rund zwei Drittel in sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen.

Herr Nünning fragt an, aus welchen Nationalstaaten die Spätaussiedler einreisen.

Kreisdirektor Dr. Hörster teilt mit, dass die Spätaussiedler überwiegend aus Russland bzw. den ehemaligen Sowjetrepubliken stammten. Gegenüber den bisherigen Erfahrungswerten sei jedoch feststellbar, dass diese gegenüber den Spätaussiedlern vormaliger Jahre keine Kenntnisse der deutschen Sprache aufwiesen.

Der Bericht zum Stand der Integrationsarbeit und zur Entwicklung der Flüchtlingszahlen wird zur Kenntnis genommen.

---

**Punkt 8: Mitteilungen der Verwaltung**

---

**Punkt 8.1: Fördermittel für den Ausbau der Kindertagesbetreuung**

---

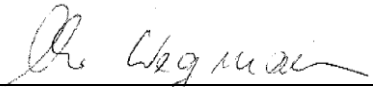
Kreisdirektor Dr. Hörster nimmt Bezug auf die zu TOP 8.1 beigefügte Korrespondenz zu den Fördermitteln für den Ausbau der Kindertagesbetreuung. Derzeit sei weiterhin ungeklärt, wann und wie eine Anpassung der Investitionsförderrichtlinie für den Ausbau der Kindertagesbetreuung erfolge.

**Punkt 9: Anfragen**

---

keine

Die Vorsitzende Frau Wegmann schließt die Sitzung.



---

Christel Wegmann

---

Klaus Löchteken